

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 6. Juli 2009 · Nr. 153/28 D3

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Steinbrück droht Banken mit Sanktionen

km. BERLIN, 5. Juli. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes, das Geldhäusern „faule“ Wertpapiere aus der Bilanz nimmt, hat die Regierung am Wochenende den Druck auf die Banken erhöht, mehr Kredite zu vergeben und niedrigere Zinsen schneller an Kunden weiterzugeben. Finanzminister Steinbrück (SPD) drohte den Banken mit Sanktionen, falls sich ihre Kreditvergabe nicht bald ändere. Auch Wirtschaftsminister zu Guttenberg (CSU) kritisierte die Banken. Er sieht jedoch noch keine weitreichende Kreditklemme. Die Minister erhielten Rückendeckung von Bundespräsident Köhler. Auch dieser appellierte in einem Fernsehinterview an die Banken, großzügiger Kredite zu vergeben und damit einen Beitrag zur Konjunkturbelebung zu leisten. Der Präsident, dessen zweite Amtszeit gerade begonnen hat, griff auch in den Parteienstreit ein, ob man trotz größerer Staatsdefizite den Bürgern zur Wahl im Herbst Hoffnungen auf niedrigere Steuern machen sollte. Er hält die von der Union geplanten Steuererhöhungen unter der Bedingung für möglich, dass es wieder eine wirtschaftliche Dynamik gebe und die Staatseinnahmen zunehmen. „Aber damit will ich das Problem nicht kleinreden“, sagte der Präsident und verwies auf die steigenden Schulden. (Siehe *Wirtschaft*, Seiten 11 und 13.)

Tapferer als zu erwarten



Mit Eichenlaub – Heute verleiht die Bundeskanzlerin erstmals das neue „Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit“. Die hergebrachten Ehrenkreuze in Bronze, Silber oder Gold erhält ein Soldat, sobald er fünf, zehn oder zwanzig Jahre Dienst getan hat. Wer aber etwas leistet, das „weit über das

erwartete Maß an Tapferkeit im Rahmen der Pflichterfüllung hinausgeht“, kann sich nun eine Ordensspange mit Eichenlaub anheften. Frau Merkel zeichnet vier Soldaten aus, die sich nach einem Selbstmordanschlag in Afghanistan um verwundete Kameraden kümmerten. **Seite 2** Foto F.A.Z.

Unter Zeitdruck

Von Günther Nonnenmacher

Auf einmal gewährt die CSU ihrem Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler, der bisher als Außenseiter galt, einen Ehrenplatz in ihrer Mitte. Zwar ist das Bundesverfassungsgericht nicht seiner Ansicht gefolgt, der Lissabon-Vertrag sei verfassungswidrig. Aber in ihrer Begründung haben die Karlsruher Richter dennoch viele der Bedenken aufgegriffen, die Gauweiler und andere Kläger vorgetragen hatten. Nachdem die CSU nun weiß, woher der Wind weht, zieht sie alle Segel auf, um rechtzeitig vor der Wahl in Fahrt zu kommen. Ob der Streit über die Neufassung des deutschen Begleitgesetzes zum Vertrag von Lissabon dafür ein geeignetes Vehikel ist, ist eine andere Frage. Alle Parteien – und die CSU als Regierungspartei allemal – müssen sich fragen lassen, warum ihre Abgeordneten bisher offenbar nur unzureichend wahrgenommen haben, was das Verfassungsgericht die „Integrationsverantwortung“ des Deutschen Bundestages genannt hat.

In den anderen EU-Staaten ist das Lissabon-Urteil, soweit es bisher überhaupt kommentiert wurde, gelassen aufgenommen worden. Das liegt teil-

weise daran, dass andere Parlamente ihre Regierungen – sei es aus rechtlichen Gründen, sei es aus Überzeugung – in Sachen Europa ohnehin an kürzerer Leine führen als der Bundestag. Vor allem wurde erleichtert zur Kenntnis genommen, dass nun ein weiteres Hindernis, eines der letzten, für das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages aus dem Weg geräumt ist. Davon geht ein nicht unerheblicher Zeitdruck auf die Neuformulierung des deutschen Begleitgesetzes aus. Würde es nicht mehr vom jetzigen „alten“ Bundestag beschlossen, müsste die nächste Bundesregierung die Nachsitzerbank unter Umständen zusammen mit erprobten Europa-Skeptikern in Warschau und Prag drücken.

Weil das letztlich niemand will, wird der innerdeutsche Streit über das Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag vermutlich rechtzeitig beendet. Festzuhalten bleibt, dass die Karlsruher Richter juristisch festgeschrieben haben, was politisch ohnehin offensichtlich ist. Denn der europäische Integrationsprozess rollt immer langsamer, seitdem er länger geworden ist. Alle Beteiligten – die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ wie die europäischen Institutionen – sollten das nutzen, um darüber nachzudenken, wo sein Ziel liegt oder ob womöglich schon die Endstation erreicht ist.

Die Seehofer-Partei

Von Albert Schäffer

Ausnahmsweise muss an dieser Stelle eine Vermisstenanzeige stehen. Gesucht wird die CSU: Ihre Spuren haben sich nach der Landtagswahl verloren, als die anarchischen Gene der Bayern ihr den Verlust der absoluten Mehrheit bescherten. Richtig, es gibt immer noch eine Formation, die sich CSU nennt. Doch dahinter verbirgt sich die Seehofer-Partei, die nur entfernt verwandt ist mit jener Kraft, die über Jahrzehnte das Land zwischen Spessart und Karwendel alleine regierte.

In der CSU war vor ihrem Verschwinden die Welt fest gefügt. Den Ton gaben erprobte, ja sehr erprobte Männer an, die im siebten Lebensjahrzehnt standen. Die CSU schien die Zukunftspartei für die älter werdende Gesellschaft zu sein. Die Fünfzig- bis Sechzigjährigen galten als Nachwuchstalente, die sich durchaus einmal im Kabinett oder im Parteivorstand äußern durften – angemessene Kürze vorausgesetzt.

In der Seehofer-Partei ist von den milden Winden des Alters nichts mehr zu spüren; in ihr brausen jugendliche Stürme mit einer solchen Gewalt, dass auch das Haupt des Parteiplaneten hinter dunklen Wolken verschwindet. Dass Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg den marktwirtschaftlichen Luther gibt, der sich den Wünschen des Unternehmensretters Seehofer widersetzt – „hier stehe ich, ich kann nicht anders“ –, ist nur eine Facette des Generationendramas in der Partei.

Seehofer hat eine Verjüngung angestoßen, die ihn, der soeben schuldig Jahre alt geworden ist, zu verschlingen droht. Sein Kokettieren damit, dass es für ihn auch ein Leben nach der Politik gibt, enthält mehr als ein Gran Angst. Seine Partei prägen die Dreißig- bis Vierzigjährigen: Guttenberg, Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner, Umweltminister Söder, Finanzminister Fahrnson, Sozialministerin Haderthauer, Generalsekretär Dobrindt.

Der mediale Magnetismus Guttenbergs verdeckt die inhaltliche Breite dieses jugendfrischen Tableaus. Söder öffnet seine Partei, völlig losgelöst von alten CSU-Dogmen, für eine schwarz-grüne Machtopion; er bringt sie auf einen ökologischen Kurs, bei dem der alte CSU Hören und Sehen vergangen wären. Die Abkehr von der Gentechnik in der Landwirtschaft, die Relativierung des Ausbaus der Donau, die Forcierung des Klimaschutzes – Söder färbt die Seehofer-Partei kräftig grün ein.

Der Schutz der Schöpfung hat zwar in der CSU eine lange Tradition mit der frühzeitigen Gründung eines eigenen Fachressorts; ein Teil ihres Erfolgs gründete auf dieser ökologischen Sensibilität. Aber in Zielkonflikten gaben meist wirtschaftliche Gesichtspunkte den Ausschlag. Die Werteskala in der Seehofer-Partei ist

anders justiert: So beschreibt Söder die Kernkraft als ein Übergangsphänomen auf dem Weg zu regenerativen Energien.

Kaum weniger markant fällt der Kontrast zur alten CSU in der Familienpolitik aus. Dass eine Ministerin der Mehrheitspartei die Kinderbetreuung außerhalb des Elternhauses als einen wesentlichen Bestandteil des sozialen Lebens und Lernens der meisten Kinder beschreibt, wäre vor nicht allzu langer Zeit ein Fall für den „Revolution“-Knopf am Pult des Landtagspräsidenten gewesen, mit dem alle Mikrofone im Saal stumm geschaltet werden können.

Wie diese Paradigmenwechsel beim Wähler ankommen, ist ungewiss, trotz des guten Abschneidens der Seehofer-

Wann wird es wieder die gute, alte CSU geben? Wenn der Vorsitzende Guttenberg heißt?

Partei bei der Europawahl. Noch haben nicht alle Wähler bemerkt, dass an die Stelle der vertrauten, behäbigen CSU eine neue alte Formation getreten ist. Seehofer kann diese Wahrnehmungsverzögerung recht sein; er braucht bei der Bundestagswahl auch die Stimmen derer, die sich noch in der senioralen CSU-Zeit wähnen, als Erneuerung hieß, dass die grauen Herren der Partei im Kreuther Hochtal ihre Intrigen schmiedeten.

Die Seehofer-Partei ist in ihren Führungspositionen die jüngste Kraft, die mit Erfolgsaussichten zur Bundestagswahl antritt. Formell ist Guttenberg zwar nicht ihr Spitzenkandidat; medial hatte er diese Position schon bei der Europawahl inne. Dass neben ihm auch immer wieder Seehofer, der Mann mit dem Quelle-Katalog, auftauchen wird, muss den fränkischen Freiherrn nicht verdrießen; schließlich hat Seehofer, als er aus seinem Kabinett die Generation „60 plus“ verbannte, schon seine eigenen Abschiedspapiere vorbereitet.

Wer periodisierende Betrachtungen der Geschichte schätzt, kann an der Seehofer-Partei seine Freude haben. Für die Annahme, dass nach historischen Brüchen gleich mehrere Zeiten des Übergangs kommen, muss gar nicht das Wort von der Revolution, die ihre Kinder frisst, bemüht werden. Einer der Vorgänger Seehofers suchte sein Heil darin, dass er sich gleich selbst zu einem Mann des Übergangs deklarierte. Auch Seehofer rätioniert immer wieder über den geordneten, selbstbestimmten Schlusspunkt, den er setzen wolle. Wer weiß, ob dann nicht die gute, alte CSU wiederentdeckt wird mit einem Vorsitzenden Guttenberg, der befindet, dass mit der Erneuerung der Partei aber jetzt Schluss sein müsse.

Heute

Ein Europa des Wissens

Der radikale Umbau des Studiensystems in Deutschland hat mit dem Bologna-Prozess wenig zu tun. Hans Joachim Meyer wirbt für eine Reform der Reform. **Die Gegenwart, Seite 7**

Tillichs Wahrheit

Sachsens Ministerpräsident hat vor 10 Jahren die Frage nach Stasi-Kontakten verneint, weswegen ihm Schönfärberei oder sogar Lüge vorgeworfen werden. Die Chance für ein offenes Wort hat er vertan. **Politik, Seite 4**

Sarah Palins Berufung

Die Gouverneurin von Alaska gibt ihr Amt auf und schreibt im Internet über ihre Gründe. Über keinen Politiker der vergangenen Jahre hat Amerika so heftig gestritten wie über die evangelikale Christin. **Politik, Seite 5**

Opel bald verkauft?

Während der chinesische Autohersteller BAIC noch für sein Angebot wirbt, erwartet der Europa-Chef von General Motors, dass Opel noch in diesem Monat an den Autzulieferer Magna geht. **Wirtschaft, Seite 11**

Was ist eigentlich wahr?

In der Affäre um vermeintliches Blutdoping haben die 37 Jahre alte Berliner Claudia Pechstein und der Eischnelllauf-Weltverband die juristische Schlacht schon begonnen. **Sport, Seite 19**

Kino der Zukunft

Rem Koolhaas hat in Seoul einen „Transformer“ gebaut, der sich kippen und drehen lässt. Auftraggeber Prada hatte darin als Erstes Röcke ausgestellt. Nach der Rotation sind jetzt Filme dran. **Feuilleton, Seite 25**

Angst vor Freiheit

Die Skepsis gegenüber dem Kapitalismus gilt nicht nur dem Finanzkapital, sondern auch dem Markt. Finden in der Krise politische, wirtschaftliche und private Freiheit eine neue Balance? **Der Volkswirt, Seite 12**

Medwedjew: Keine Abrüstung ohne Kompromiss bei Raketenschild

Obama: Putin mit einem Bein im Kalten Krieg / Putin: Obama ist schlecht informiert

F.A.Z. MOSKAU/WASHINGTON, 5. Juli. Der russische Präsident Medwedjew hat unmittelbar vor dem an diesem Montag beginnendem amerikanisch-russischen Gipfel in Moskau bekräftigt, dass es einen Vertrag über die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen nur geben werde, wenn der amerikanische Präsident Obama beim geplanten Raketenschutzschirm Zugeständnisse mache. Russland sieht in dem Schutzschirm, von dem Teile in Polen und der Tschechischen Republik stationiert werden sollen, eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit. In einem Interview mit der oppositionellen „Nowaja Gaset“ äußerte Obama die Hoffnung, Russlands Medien vorerst aus. Laut den russischen Gesetzen müsse sich der frühere Eigentümer des zerschlagenen Ölkonzerns

nicht entscheiden. In dem Interview, das am Montag erscheinen soll, bekundete Obama zugleich Unterstützung für Medwedjews Ziel einer freieren Gesellschaft in Russland. „Ich stimme Präsident Medwedjew zu, wenn er sagt, dass Freiheit besser sei als das Fehlen von Freiheit.“

Gegenüber der „Nowaja Gaset“ kritisierte Obama auch den derzeit in Moskau stattfindenden zweiten Prozess gegen den Ölunternehmer Michail Chodorkowski. Die neue Anklage gegen diesen sehe aus wie die umformulierte alte Anschuldigung, sagte Obama. Medwedjew dagegen schloss eine Begnadigung Chodorkowskys in einem Gespräch mit italienischen Medien vorerst aus. Laut den russischen Gesetzen müsse sich der frühere Eigentümer des zerschlagenen Ölkonzerns

Yukos zunächst des Betrugs schuldig bekennen, bevor der Präsident von seinem Amnestierecht Gebrauch machen dürfe. Das Vorgehen der russischen Justiz gegen Yukos und Chodorkowskij war nach Ansicht auch russischer Beobachter politisch motiviert.

Obamas Kritik an Ministerpräsident Wladimir Putin wurde in Moskau zurückgewiesen. Obama hatte Putin in einem Interview vorgeworfen, mit einem Bein in der Vergangenheit zu stehen. Der russische Ministerpräsident müsse verstehen, dass die amerikanisch-russischen Beziehungen nicht mehr nach Art des Kalten Kriegs funktionierten. Ein Sprecher Putins antwortete darauf, Obama sei offenbar schlecht über Russland informiert. (Siehe Seite 3.)

Iran erhöht Druck auf prominente Oppositionelle

Rafsandschani: Wettstreit, kein Machtkampf / Miliband: Kalte Wut über Teheran

LT/cheh. LONDON/FRANKFURT, 5. Juli. Während das Regime in Iran den Druck auf prominente Oppositionelle erhöht hat, richtet die britische Regierung „alle Anstrengungen“ auf die Freilassung ihres neunten und letzten in Teheran inhaftierten Mitarbeiters. Der achte von neun Festgenommenen wurde am Sonntag entlassen. Zuvor hatte ein iranischer Justizsprecher angegeben, die in Haft gehaltenen Botschaftsmitarbeiter würden „unausweichlich vor Gericht gestellt“, es seien „auch Geständnisse gemacht“ worden. Der britische Außenminister Miliband sagte hingegen, es sei dem britischen Botschafter in Teheran von iranischer Seite mitgeteilt worden, dass gegen den achten Freigelassenen keine Anklage erhoben oder gerichtlich vorgegangen werde.

Miliband überschritt die Grenzen des diplomatischen Codes mit der Bemerkung, es sei nun „sehr wichtig, dass sich meine Wut, meine kalte Wut, über die Art und Weise, wie unsere Mitarbeiter behandelt wurden, nicht in einen rhetorischen Volley-Schlag gegen das iranische Regime verwandelt, weil das weder unseren Leuten noch den Reformen in Iran hilft.“

In Iran forderte am Samstag ein Kommentator der Zeitung „Keyhan“, der ein enger Verbündeter des geistlichen Führers Großajatollah Chamenei ist, Oppositionsführer Mussawi sowie den Reform- und früheren Präsidenten Chatami wegen Landesverrats vor Gericht zu stellen. Mussawi habe „unschuldige Menschen getötet, zu Unruhen angestiftet, Verbrecher für Angriffe auf Menschen angeheuert, offen-

sichtlich mit dem Ausland zusammengearbeitet“ und sei „Teil der fünften Kolonne der Vereinigten Staaten“.

Zurückhaltend äußerte sich der frühere Präsident Rafsandschani in seiner ersten öffentlichen Stellungnahme seit der Präsidentenwahl vom 12. Juni. Er sprach nach Angaben der halbstaatlichen Nachrichtenagentur Isna von einem Wettstreit innerhalb des Systems, der nicht als Machtkampf oder Zerwürfnis gewertet werden dürfe. Es war immer wieder berichtet worden, dass Rafsandschani hinter den Kulissen einen Machtkampf mit Chamenei und dessen Günstling, Präsident Ahmadinehad, führe. Eine Gruppe reformorientierter Geistlicher aus Oom äußerte indes Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Präsidentenwahl. (Fortsetzung Seite 2.)

450 000 neue Empfänger von Hartz IV erwartet

enn. BERLIN, 5. Juli. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) rechnet im kommenden Jahr mit 450 000 zusätzlichen Langzeitarbeitslosen. In der Krise sinke für gering Qualifizierte die Chance, eine Stelle zu finden, sagte BA-Vorstand Heinrich Alt dieser Zeitung. Das Finanzpolster von 17 Milliarden Euro werde Ende 2009 aufgebraucht sein. Deshalb fordert Annelie Buntbach, die Vorsitzende des BA-Verwaltungsrats, der Bund müsse Steuermittel bereitstellen. (Siehe *Wirtschaft*, Seite 13.)

CSU streitet über Rolle des Bundestags in Europa

F.A.Z. FRANKFURT, 5. Juli. Die CSU streitet über ihre Europapolitik. Während sich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Ramsauer, gegen Forderungen nach einer sehr weitgehenden Mitwirkung des Bundestags wandte, verlangte der CSU-Ehrenvorsitzende Edmund Stoiber im „Hamburger Abendblatt“ die weitreichende Beteiligung des Parlaments auch in Fragen der EU-Erweiterung, etwa vor der Eröffnung neuer Verhandlungskapitel mit der Türkei. (Siehe Seite 4.)

Federer siegt in Wimbledon

F.A.Z. FRANKFURT, 5. Juli. Roger Federer hat nach einem spektakulären Finale das Tennisturnier in Wimbledon gewonnen. Nach mehr als vier Stunden siegte Federer 5:7, 7:6, 7:6, 3:6 und 16:14 gegen den Amerikaner Andy Roddick. Es ist der 15. Grand-Slam-Titel des Schweizer und der sechste in Wimbledon. Die Amerikanerin Serena Williams gewann zum dritten Mal das Damenturnier von Wimbledon. Sie bezwang im Finale ihre Schwester Venus mit 7:6 und 6:2. (Siehe *Sport*.)



Briefe an die Herausgeber 8
Sport 19
Die Gegenwart 7
Neue Sachbücher 8

Deutschland und die Welt 9
Zeitgeschehen 10
Wirtschaft 11
Der Volkswirt 12

Neue Wirtschaftsbücher 12
Unternehmen 14
Menschen und Wirtschaft 17
Wetter 18

Feuilleton 25
Roman 26
Medien 29
Fernsehen und Hörfunk 29